

An Sie wie an Ihre Kollegen aus der Politik wenden wir uns in großer Sorge um die Form der künftigen Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk Brokdorf. Wir fürchten, daß die existentiell entscheidenden und sehr komplexen Fragen der Kernenergie, welche alle Bürger betreffen, allein von Interessengruppen der Wirtschaft und Bürgerinitiativen umkämpft bleiben und allein von Gerichten entschieden werden sollen.

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe hat bisher alle Möglichkeiten des Genehmigungsverfahrens ausgeschöpft. Nur dadurch sind viele Tatsachen bekanntgeworden, die sonst immer verschwiegen oder verharmlosend dargestellt wurden. Erst durch die umfassendere Information sind wir zu entschiedenen Gegnern der Anwendung der Atomenergie auch anderswo geworden.

In Brokdorf und anderswo geht die Auseinandersetzung weiter - eine Auseinandersetzung nicht nur um Gesundheit oder materielles Wohlergehen sondern auch um Zukunftsverantwortung und Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Wir haben deshalb die Klageschrift der Bürgerinitiative im vollen Wortlaut zu Ihrer eigenen Meinungsbildung abgedruckt. Nutzen Sie diese Information und überlassen Sie dann das Handeln nicht allein den direkt betroffenen Bürgern, überlassen Sie es auch nicht allein der Genehmigungsbehörde und den Versorgungsunternehmen HEW und NWK. Diese Auseinandersetzung um Brokdorf, diese verschärften Fragen um Umweltrisiko, Wirtschaftswachstum und Erhalten der Demokratie dürfen nicht nur juristisch - sie müssen politisch entschieden werden !

In den Bürgerinitiativen gibt es jedoch schon viele, die von den Politikern - gleich welcher Partei - außer parteiinterner Absichtserklärungen nicht mehr viel zu hoffen wagen. Wer sich mit der Parole "kein Kernkraftwerk gegen den Widerstand der Bevölkerung" und mit den Sachargumenten gegen die Kernenergie nicht in Parlament und Regierung auseinandersetzt, wird nicht nur Stimmenverluste hinnehmen müssen; er trägt auch die politische Verantwortung für das weitere Geschehen. Die Zahl der BUU-Mitglieder und der Sympathisanten wächst. Die Angst um die existentielle Bedrohung in naher und ferner Zukunft und das überzeugte Engagement für Lebensqualität birgt zunehmend die Gefahr bürgerkriegsartiger Auseinandersetzungen. Die Platzbesetzung aus erbitterter Notwehr am 30. Oktober und der zweite Versuch am 13. November mit Kundgebung der Argumente und mit insgesamt 40000 Teilnehmern waren politische Demonstrationen, die unter dem zynischen Einsatz brutaler Polizeigewalt endeten.

Die nächsten Demonstrationen werden bald stattfinden. Was kann bis dahin politisch entschieden werden ? Die Zeit drängt !

BÜRGERINITIATIVE UMWELTSCHUTZ UNTERELBE

Helmut Hauser